

# Beilage 1907/2009 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

## Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen  
Landtags  
betreffend Atommüllendlager an der oberösterreichischen Grenze

Gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser  
Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

### Resolution

Die Öö. Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern,  
zur Wahrung der österreichischen Interessen und zum Schutz der  
oberösterreichischen Bevölkerung, ehestens folgende Maßnahmen zu setzen  
und einzuleiten:

1. Rasche Aufklärung über mögliche Atommüll-Lager Pläne in  
Grenznähe zu Oberösterreich bei der tschechischen Regierung und
2. Beginn von politischen Gesprächen mit der tschechischen Regierung,  
um die österreichischen Interessen zu wahren und um klarzustellen,  
dass ein Atommüll-Endlager nahe der oberösterreichischen Grenze,  
seitens Österreichs striktest abgelehnt wird, und gleichzeitig
3. auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass die Problematik der  
Atommüllendlagerung bzw. -entsorgung diskutiert und einer Lösung  
zugeführt wird.

### Begründung

Da es aus heutiger Sicht keinerlei Ansatzpunkte für rechtliche Schritte  
Österreichs zur Verhinderung der Realisierung eines möglichen Atommüll-  
Endlagers an grenznahen Standorten in Tschechien gibt, muss Österreich  
alle Möglichkeiten auf diplomatischem Weg nutzen, damit ausgeschlossen  
werden kann, dass in Grenznähe zu Oberösterreich ein Atommüll-Lager  
errichtet wird.

Konkrete Ansatzpunkte für Lage, Art und Umfang wären zwar erst im Zuge  
des grenzüberschreitenden UVP-Verfahrens vorhanden, mit dem frühestens  
kurz vor dem geplanten Baubeginn gerechnet werden kann. Aus heutiger  
Sicht sind jedoch gerade deshalb alle politischen und diplomatischen  
Schritte als die wirksamste Möglichkeit zur Verhinderung möglicher  
Endlager-Projekte erforderlich.

Der gültige Beschluss der Kreisvertretung von Südböhmen gegen die  
Errichtung des Endlagers sowie die kritische Haltung von Kreishauptmann  
Zimola begünstigen den Protest gegen einen möglichen Standort zusätzlich.

Oberösterreich wird auf jeden Fall umgehend versuchen, die Möglichkeit  
einer gemeinsamen Erklärung von Südböhmen und Oberösterreich zu dieser  
Frage zu sondieren.

Linz, am 16. Juni 2009

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Wageneder Schwarz, Trübswasser**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Stelzer, Ecker, Jachs, Schürerer, Stanek, Eisenrauch, Pühringer,**

**Hingsamer, Hüttmayr, Brandmayr, Lackner-Strauss, Kiesl, Brunner,  
Entholzer, Mayr, Weinberger, Orthner, Aichinger, Bernhofer,  
Schillhuber, Steinkogler, Weixelbaumer, Baier, Frauscher, Strugl**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Frais, Affenzeller, Pilsner, Sulzbacher, Prinz, Schmidt, Lindinger,  
Schenner, Eidenberger, Jahn, Mühlböck, Bauer, Kraler, Chansri,  
Lischka, Röper-Kelmayr, Weichsler-Hauer, Kapeller**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner**